

24.01.08

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom
13. Dezember 2007 zum Menschenrechtsdialog zwischen der EU
und China**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 101114 - vom 22. Januar 2008. Das Europäische Parlament hat die
Entschließung in der Sitzung am 13. Dezember 2007 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2007 zum Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung des 10. Gipfeltreffens EU-China vom 28. November 2007 in Peking,
 - unter Hinweis auf die öffentliche Anhörung seines Unterausschusses „Menschenrechte“ vom 26. November 2007 zum Thema „Menschenrechte in China im Vorfeld der Olympiade“,
 - unter Hinweis auf die Treffen des Menschenrechtsdialogs EU-China vom 17. Oktober 2007 in Peking und vom 15. und 16. Mai 2007 in Berlin,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. September 2007 zur Funktionsweise der Dialoge und Konsultationen mit Drittstaaten zu Menschenrechtsfragen¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Februar 2007 zum Dialog zwischen der chinesischen Regierung und den Vertretern des Dalai Lama²,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. September 2006 zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China³ sowie seine früheren Entschließungen zu China,
 - unter Hinweis auf die am 13. Dezember 2001 verabschiedeten Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechtsdialogen und die am 9. Dezember 2004 verabschiedete Bewertung der Anwendung dieser Leitlinien,
 - unter Hinweis auf seine früheren jährlichen Entschließungen zu den Menschenrechten weltweit,
 - unter Hinweis auf den olympischen Frieden, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 31. Oktober 2007 verkündet wurde (A/RES/62/4), in der die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufgefordert werden, während der Zeit der Olympischen Spiele den Frieden zu wahren und zu fördern,
 - unter Hinweis auf den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass seit der Einführung von Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und China im Jahr 1998 sich deren Beziehungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erheblich weiterentwickelt haben,

¹ Angenommene Texte, P6_TA(2007)0381.

² Angenommene Texte, P6_TA(2007)0055.

³ ABl. C 305 E vom 14.12.2006, S. 219.

- B. in der Erwägung, dass Beschlüsse zur Aufnahme eines Menschenrechtsdialogs auf der Grundlage bestimmter, vom Rat angenommener Kriterien gefasst wird, bei denen die wesentlichen Bedenken auf Seiten der Europäischen Union zur Menschenrechtslage in dem betreffenden Land, eine im Zusammenhang mit diesem Dialog zu erkennende echte Bereitschaft seitens der politischen Führung des betreffenden Landes, die Menschenrechtssituation vor Ort zu verbessern, sowie die positiven Auswirkungen zum Tragen kommen, die ein Menschenrechtsdialog auf die Menschenrechtssituation haben kann,
- C. in der Erwägung, dass die Olympischen Spiele 2008 in Peking eine ideale Möglichkeit bieten sollten, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Menschenrechtssituation in China zu lenken,
- D. in der Erwägung, dass das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und des Rechtsstaats Grundlage der Europäischen Union ist und sie sich durch sie definiert; in der Erwägung ,dass die Europäische Union die Einhaltung dieser Grundsätze als Vorbedingung für Frieden und Stabilität in jeder Gesellschaft betrachtet,
- E. in der Erwägung, dass die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und China größte Bedeutung für die Beziehungen beider Seiten hat und dass eine wirkliche Partnerschaft auf gemeinsamen Werten beruhen muss,
- F. in der Erwägung, dass die Stärkung und Vertiefung der Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union dazu beitragen könnten, konvergierende Sichtweisen zu entwickeln hinsichtlich der Maßnahmen zur Bewältigung von globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheit, Terrorismus und Nichtverbreitung von Waffen ;
- G. angesichts der ständigen beunruhigenden Meldungen über politische motivierte Unterdrückung, insbesondere von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Mitgliedern religiöser und ethnischer Minderheiten, über Folter, den verbreiteten Einsatz von Zwangsarbeitern, die häufige Verhängung der Todesstrafe und die systematische Unterdrückung der Religionsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Medienfreiheit, einschließlich des Internet, und über die strengen Kontrollen durch die chinesische Regierung über Informationen über und den Zugang zu tibetischen Gebieten in China; in der Erwägung, dass es deshalb sehr schwierig ist, das Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen genau zu bestimmen,
- H. in der Erwägung, dass das politische Wirken und die Einflussnahme Chinas in der Welt im vergangenen Jahrzehnt beträchtlich zugenommen haben; in der Erwägung, dass Glaubwürdigkeit, demokratische Werte und Verantwortungsbewusstsein die Grundlage der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China sein sollten,

Gipfeltreffen EU-China

1. begrüßt die gemeinsame Erklärung vom 10. Gipfeltreffen EU-China, in der beide Seiten ihr Eintreten für den Aufbau einer umfassenden strategischen Partnerschaft zur Bewältigung weltweiter Herausforderungen bekräftigen, sowie die Weiterentwicklung

der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China und die intensivierte Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten bei einem breiten Spektrum von Themen,

2. bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Rat und die Kommission Menschenrechtsthemen auf dem Gipfeltreffen EU-China wieder nicht mit Entschiedenheit zur Sprache gebracht haben, um den Besorgnissen bezüglich der Menschenrechte ein stärkeres politisches Gewicht zu geben, und dass die Europäische Union nicht die sich durch die bevorstehenden Olympischen Spiele ergebende Möglichkeit genutzt hat, wesentliche Besorgnisse über die Menschenrechtslage in China anzusprechen;
3. fordert China und die Europäische Union auf, für eine ausgewogenere Handels- und Wirtschaftspartnerschaft zu sorgen, die zu nachhaltigem Wachstum und sozialer Entwicklung führen sollte, insbesondere in den Bereichen Klimawandel, Umwelt und Energie;
4. vertritt die Auffassung, dass die widerrechtliche Verwertung und Fälschung europäischer Produkte und Marken durch chinesische Unternehmen eine bedenkliche Verletzung der Regeln für den internationalen Handel darstellt; fordert den chinesischen Staat nachdrücklich auf, den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum wesentlich zu verbessern;
5. fordert zugleich eine größere Kohärenz zwischen Menschenrechten und Handel einerseits und Sicherheit und mehr Konsequenz in diesen Bereichen auf der anderen Seite; fordert daher nachdrücklich, dass die Europäische Union sicherstellt, dass verbesserte Handelsbeziehungen zu China von Reformen auf dem Gebiet der Menschenrechte abhängig gemacht werden, und fordert in diesem Zusammenhang den Rat auf, eine umfassende Auswertung der Menschenrechtslage vorzunehmen, bevor er ein neues Partnerschafts- und Kooperationsrahmenabkommen abschließt;
6. begrüßt deshalb die Initiative zu und die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, das den gesamten Bereich der bilateralen Beziehungen EU-China umfassen und eine wirkungsvolle und praktikable Menschenrechtsklausel sowie verstärkte und verbesserte Kooperation in politischen Fragen einschließen wird; erneuert seine Forderung, das Europäische Parlament in alle künftigen bilateralen Beziehungen zwischen den Parteien einzubeziehen, angesichts der Tatsache, dass es ohne formelle Zustimmung des Parlaments kein Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit geben kann;
7. besteht darauf, dass das nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens verhängte Waffenembargo der Europäischen Union gegenüber China aufrecht erhalten wird, bis entscheidende Fortschritte im Bereich der Menschenrechte erzielt sind; erinnert die EU-Mitgliedstaaten daran, dass der EU-Verhaltenskodex zu Waffenausfuhren die Achtung der Menschenrechte im endgültigen Zielland solcher Ausfuhren als ein Kriterium einschließt;
8. äußert sich besorgt darüber, dass trotz wiederholter Erklärungen der chinesischen Regierung über ihre Absicht, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische

Rechte (ICCPR) zu ratifizieren, diese Ratifizierung noch aussteht; fordert China deshalb auf, diesen Pakt unverzüglich zu ratifizieren und umzusetzen;

Menschenrechtsdialog EU-China

9. bedauert, dass das Verhalten Chinas im Bereich der Menschenrechte weiterhin Grund zu schwerer Besorgnis gibt; betont daher die Notwendigkeit, den Menschenrechtsdialog EU-China entscheidend zu stärken und zu verbessern; fordert den Rat auf, dem Europäischen Parlament im Anschluss an Beratungen einen detaillierteren Bericht vorzulegen; hält es für sachgemäß, die auf Menschenrechte spezialisierten juristischen Seminare EU-China fortzusetzen, die im Vorfeld des Dialogs eingeführt wurden, und an denen Akademiker und Vertreter der Bürgergesellschaft teilnahmen, begrüßt in diesem Zusammenhang die Gründung eines akademischen Menschenrechtsnetzwerks EU-China unter Ziel 3 des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte und fordert die Kommission auf sicherzustellen, dass dieses Netzwerk in Zusammenarbeit mit dem Parlament effizient funktionieren wird;
10. vertritt die Auffassung, dass die bei den bisherigen Gesprächsrunden mit China behandelten Themen, wie die Ratifizierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Reform des Strafrechts, einschließlich der Abschaffung der Todesstrafe und des Systems der Umerziehung durch Arbeit, die Meinungsfreiheit, insbesondere im Internet, die Pressefreiheit, die Freiheit des Zugangs zu Informationen, die Gewissens-, Gedanken- und Religionsfreiheit, die Situation der Minderheiten in Tibet, die Freilassung der Personen, die nach den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz verhaftet wurden, die Arbeitnehmerrechte und andere Rechte im Rahmen des Dialogs weiter behandelt werden sollten und dass dabei besonders die Anwendung der in den vorangegangenen Dialogen ausgearbeiteten Empfehlungen, auf die sich beide Seiten geeinigt haben, und die Seminare über Rechtsangelegenheiten zur Sprache gebracht werden sollten; fordert hierzu den Rat auf, eine Verlängerung der Dauer des Dialogs in Betracht zu ziehen und mehr Zeit für die Beratung der dabei angeschnittenen Themen vorzusehen; fordert ferner den Rat und die Kommission auf, der Einhaltung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, insbesondere hinsichtlich unabhängiger Gewerkschaften und Kinderarbeit, besondere Beachtung zu schenken;
11. nimmt Kenntnis von der Zusage Chinas, den VN-Menschenrechtsrat bei seiner Aufgabe, in glaubwürdiger, objektiver und nicht selektiver Art und Weise Menschenrechtsprobleme in Angriff zu nehmen, zu unterstützen, und fordert zu einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auf sowie zur Zusammenarbeit mit dem VN-Menschenrechtsmechanismus und zur Einhaltung der internationalen Menschenrechtsnormen, die in den einschlägigen internationalen Menschenrechtsinstrumenten verankert sind und zu denen auch die Minderheitenrechte zählen;
12. weist darauf hin, dass China freie Meinungsäußerung und freie Religionsausübung und Gedankenfreiheit zulassen muss; bekräftigt insbesondere im Licht der Diskussionen unter chinesischen Funktionären über die Definition von "Religion" und insbesondere von "legaler Religion", dass ein umfassendes Gesetz über Religion formuliert werden

muss, das internationalen Standards entspricht und die tatsächliche Religionsfreiheit garantiert; bedauert die Widersprüchlichkeit zwischen der verfassungsmäßigen Glaubensfreiheit (verankert in Artikel 36 der chinesischen Verfassung) und der fortwährenden Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten von Religionsgemeinschaften, insbesondere in Bezug auf Ausbildung, Wahl, Ernennung und politische Indoktrinierung von Geistlichen;

13. bedauert, dass die sechste chinesisch-tibetische Gesprächsrunde keine Ergebnisse erbracht hat; fordert beide Seiten auf, sich in jeder Weise um die Fortführung des Dialogs zu bemühen, und fordert die chinesische Regierung auf, substantielle Verhandlungen einzuleiten und dabei die Forderungen des Dalai Lama nach Autonomie für Tibet gebührend zu berücksichtigen; fordert China auf, keinen Druck auf Staaten auszuüben, die freundschaftliche Beziehungen zum Dalai Lama pflegen;
14. erklärt sich zum wiederholten Mal besorgt über die Meldungen von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Tibet und den übrigen von tibetischer Bevölkerung bewohnten Provinzen, in denen von Folter, willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung, Unterdrückung der Religionsfreiheit, willkürlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Rehabilitationsmaßnahmen in Arbeitslagern die Rede ist; bedauert die Intensivierung der so genannten Kampagne der „patriotischen Erziehung“ seit Oktober 2005 in den Mönchs- und Nonnenklöstern von Tibet, bei der Tibeter gezwungen werden, Erklärungen zu unterschreiben, in denen der Dalai Lama als gefährlicher Separatist angeprangert wird; fordert China auf, einem unabhängigen Gremium Zugang zu dem Panchen Lama von Tibet, Gedhun Choekyi Nyima, und seinen Eltern zu gewähren, wie vom Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes beantragt worden ist;
15. fordert China als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates auf, die Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters über Folter umzusetzen und eine ständige Einladung an UN-Sachverständige nach China auszusprechen;
16. ist der Auffassung, dass Besorgnisse bezüglich der Menschenrechte im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden sollten; wiederholt die Notwendigkeit der Achtung universeller grundlegender ethischer Prinzipien und der Förderung einer friedlichen Gesellschaft, die sich dem Schutz der Menschenwürde widmet, wie es in Artikel 1 und 2 der Olympischen Charta festgeschrieben ist;
17. fordert das Olympische Komitee auf, seine Bewertung bezüglich der Erfüllung der 2001 vor der Vergabe der Spiele an Peking gegebenen Versprechen zu veröffentlichen; unterstreicht die Verantwortung der Europäischen Union, einer solchen Bewertung Rechnung zu tragen und mit ihren olympischen Organisationen zusammenzuarbeiten und eine Grundlage für verantwortungsvolles Verhalten im Vorfeld, während, sowie nach den Olympischen Spielen zu schaffen;
18. ist ernstlich besorgt über die jüngste Zunahme politischer Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Rechtsanwälten, Petitionsverfassern, Aktivisten der Zivilgesellschaft, von ethnischen Gruppen - wie den Uiguren - und von Gläubigen jeglicher Religion, namentlich von Anhängern der Falun Gong im

Zusammenhang mit den Olympischen Spielen; fordert die chinesischen Staatsorgane auf, diese Menschen unverzüglich freizulassen und diesen Verstößen gegen die Menschenrechte ein Ende zu setzen sowie den Abriss einer großen Zahl von Wohngebäuden ohne jegliche Entschädigung, um Raum zu schaffen für die Olympia-Infrastrukturen, einzustellen;

19. ist ferner besorgt angesichts der Überwachung und Zensur der Informationen im Internet und fordert die chinesischen Staatsorgane auf, die Sperrung Tausender von Internetsites, einschließlich Internetsites europäischer Medien, zu beenden; fordert die chinesischen Staatsorgane auf, den Schriftsteller Yang Maodong und die 50 weiteren in China inhaftierten Cyber-Dissidenten und Internetnutzer freizulassen;
20. fordert China auf, konkrete Schritte zu unternehmen, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten, und die Pressefreiheit für chinesische und ausländische Journalisten zu respektieren; verweist mit besonderer Sorge auf die fehlende Umsetzung der neuen Regelung für in China aktive internationale Journalisten und fordert die chinesische Regierung nachdrücklich auf, unverzüglich die Zensur und die Blockierung Tausender von im Ausland basierten Nachrichten- und Informationsinternetseiten - insbesondere mit Hilfe von multinationalen Unternehmen - zu beenden; fordert die Freilassung aller in China wegen der Ausübung ihres Rechts auf Information inhaftierten Journalisten, Internetnutzer und Internet-Dissidenten; bekräftigt seine Forderung an die chinesischen Staatsorgane, während der Olympischen Spiele 2008 ein Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhängen;
21. macht aufmerksam auf die Schlussfolgerungen des Mitte Oktober 2007 abgehaltenen 17. Nationalen Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas, in denen sich verschiedene Perspektiven und Grade der Offenheit in Bezug auf die Umsetzung höherer internationaler Menschenrechtsstandards in China zeigten;
22. fordert China nachdrücklich auf, die fortgesetzte Unterstützung für das Regime in Myanmar und die Lage in Darfur einzustellen;

o

o o

23. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Regierung der Volksrepublik China, dem Chinesischen Nationalen Volkskongress, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem Exekutivausschuss des Internationalen Olympischen Komitees zu übermitteln.